Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 50. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 30. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 29. Januar.

9. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 11¼ Uhr. Am Ministertisch: Mehrere Regierungs-Commissarien; später Graf von Itzenplitz.

Das Haus ist sehr schwach besetzt; ebenso die Tribünen; nur die Loge des Abgeordnetenhauses ist dicht gefüllt.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode macht Mittheilung von den Eingängen aus dem Abgeordnetenhause.

Er begrüßt sodann mehrere neu eingetretene Mitglieder, und läßt durch den Schriftführer Graf v. d. Gröben-Ponarien unter dem üblichen Ritus die Vereidigung derselben vornehmen.

Darauf werden die Verträge zwischen Preußen und Oldenburg, betreffend den Anschluß des Fürstenthums Lübeck an das Zollsystem des Herzogthums Holstein und betreffend den Beitritt Oldenburgs zum Zollvertrage vom 28. Juni 1864 genehmigt.

Es folgt der Bericht der Finanz-Commission über mehrere aus Nassau eingegangene Petitionen, in denen die Aufhebung des § 26 der durch königl. Verordnung vom 11. Mai 1867 eingeführten Bestimmungen über die Besteuerung des Branntweins beantragt wird. —

Das Haus tritt dem Antrage der Commission auf Uebergang zur T.-O. bei.

Es folgt der Bericht der Budget-Commission über die Nachweisung von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1866. — Die Commission beantragt: „Das Herrenhaus wolle in Uebereinstimmung mit dem Hause der Abgeordneten beschließen: die im § 4 des Gesetzes vom 14. September 1866 der königlichen Staatsregierung auferlegte Verpflichtung durch die Vorlegung der Nachweisung von den Staats-Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1866 für erfüllt anzunehmen."

Das Haus tritt dem Antrage ohne Debatte bei.

Es folgt der Bericht derselben Commission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die künftige Behandlung der auf mehreren der neu erworbenen Landestheile lastenden Staatsschulden und die Ausgabe von Kassen-Anweisungen im Betrage von 2,407.653 Thlr.

Die Commission beantragt, dem Gesetz-Entwurf, wie er aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen, mit folgenden Modificationen zuzustimmen.

1) Das erste Alinea des § 11 zu streichen, und das zweite Alinea zu fassen:

„Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben", und dem entsprechend im § 1 statt „belaufen werden", zu setzen: „belaufen haben".

Nach einer kurzen Motivirung dieses Antrages durch Herrn von Rabe wird derselbe angenommen.

Es folgt der Bericht der Budget-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme und die Verwaltung der nach Art. VIII. und IX. des Wiener Friedens-Vertrages vom 30. October 1864 von den Elbherzogthümern an Dänemark zu entrichtenden Schuld.

In dem ursprünglichen Entwurf, wie er von der Regierung dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden, war bekanntlich das Herzogthum Lauenburg von der nach dem Friedensvertrage auf dasselbe nach dem Verhältniß der Bevölkerungszahl fallenden Rate der Schuld vollständig befreit und dieselbe lediglich auf Schleswig-Holstein, resp. Preußen übertragen worden; im Abgeordnetenhause war jedoch im Widerspruch mit der Staats-Regierung ein Amendement zu § 1 angenommen worden, wonach Lauenburg zur Verzinsung der Schuld mit einer verhältnißmäßigen Rate herbeigezogen werden soll.

Die Budget-Commission des Herrenhauses hat dieses Amendement jedoch verworfen und die ursprüngliche Fassung des § 1 nach der Regierungsvorlage wieder hergestellt, so daß derselbe lauten soll: „Die nach den Art. VIII. und IX. des Wiener Friedensvertrages vom 30. October 1864 von den Elbherzogthümern an das Königreich Dänemark zu entrichtende Schuld von 21,750,000 Thalern wird als eine Schuld des preußischen Staates anerkannt."

Berichterstatter v. Le Coq befürwortet die von der Commission vorgeschlagene Aenderung mit den im Abgeordnetenhause von den Vertretern der Staatsregierung vorgebrachten Gründen: Billigkeitsrücksichten auf Lauenburg. Das Motiv, welches im Abgeordnetenhause hauptsächlich für die Hineinziehung Lauenburgs angegeben worden, die Einverleibung Lauenburgs an Preußen dadurch zu beschleunigen, sei nicht zutreffend. Ein solches Verlangen überschreite die Competenz des Landtags, weil die Landesvertretung weder berufen noch berechtigt sei, der Krone und der Staatsregierung ihr Verhalten gegen nicht zum Staatsgebiete gehörige Landestheile direct oder indirect vorzuschreiben. So wie sich das Verhältniß einmal gestaltet hat und wie es der Landtag nach Lage der Sache annehmen muß, ist Lauenburg ein selbstständiges Herzogthum geblieben, Es ist daher lediglich Sache der Krone und der eigenen Landesvertretung des Herzogthums, zu bestimmen, ob Lauenburg früh oder spät zum Staatsgebiet der preußischen Monarchie gehören soll. Hierüber hat der Landtag nichts auszusprechen, bis die Krone die Initiative ergreift. Ein Verlangen, die Incorporation Lauenburgs herbeizuführen, ist dem Landtage eben so wenig gestattet, als das Verlangen, ein fremdes Territorium zu erobern. Die Gasteiner Uebereinkunft, kraft deren Lauenburg in den Besitz der preußischen Krone übergegangen ist, gehört weder in die Kategorie der Handelsverträge, noch legt sie dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auf, und dieses sind die im Art. 48 der Verfassungsurkunde klar bestimmten einzigen Fälle, in denen die von der Krone abzuschließenden Verträge der Zustimmung der Landesvertretung bedürfen.

Herr v. Bernuth bittet um Ablehnung des Commissionsantrags und Annahme des § 1 in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Form. Im Friedensvertrage sei deutlich ausgesprochen, daß auf alle drei Herzogthümer, Schleswig, Holstein und Lauenburg, die Staatsschuld abgezweigt worden sei und zwar nach dem Maßstab der Bevölkerung dieser drei Herzogthümer; es sei also die Absicht der Paciscenten offenbar dahin gegangen, Lauenburg für die übernommene Schuldquote mitverhaften zu lassen. Es sei nun aber gar kein Grund vorhanden, dies Land jetzt davon zu befreien auf Kosten einer höheren Belastung Preußens. Billigkeitsgründe könnten gar nicht maßgebend sein, zumal das Abgeordnetenhaus sich durchaus auf den Rechtsboden gestellt habe, und zwar mit einer außerordentlich großen Majorität. Es sei auch gar nicht anzunehmen, daß das Abgeordnetenhaus davon abgehen werde; das Zustandekommen des ganzen Gesetzes werde deshalb durch den Commissionsantrag gefährdet.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Staatsregierung hat über die vorliegende Frage keine andere Auffassung gewinnen können, als sie in dem Gesetzentwurf ausgesprochen und die sie im anderen Hause schon geltend gemacht hat. — Die Motive, aus welchen der Passus in den Friedensvertrag gekommen ist, auf welchen der Vorredner seine ganze Deduction basirt, sind in den Motiven zum Gesetz und in der betreffenden Rede des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause entwickelt worden. Dieser Vertrag kann doch jetzt den preußischen Staat nicht hindern, die Sache so zu ordnen, wie es der preußische Staat für Recht erkennt. Da das Herzogthum Lauenburg früher nicht zur dänischen Schuld beigetragen hat, muß dasselbe auch jetzt davon entbunden werden. — Die Regierung ist deshalb nicht in der Lage, dem Antrage der Commission zu widersprechen.

Graf Brühl: Wir haben durchaus kein Recht, in die Gesetzgebung Lauenburgs einzugreifen, und so lange mir ein solches Recht nicht nachgewiesen werden kann, werde ich für den Commissionsantrag stimmen.

Herr v. Rabe: Es ist juristisch unmöglich, daß ein Staat einseitig beschließen kann, einem anderen Staate gegen dessen Willen eine Last aufzulegen; auch ich stimme deshalb für den Commissionsentwurf.

Herr v. Kleist-Retzow: Der Artikel 8 des Wiener Friedens kann für die uns vorliegende Frage nicht maßgebend sein. In diesem Artikel galt es nur, einen Maßstab für die Vertheilung der dänischen Schulden zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu finden; wir haben hier mit den Interessen Dänemarks Nichts zu thun. Lauenburg hat Jahrzehnte lang zu den dänischen Lasten nicht beigetragen; ein Königswort garantirt den Bewohnern ihre bisherigen Rechte; es ist unmöglich, an diesem Königsworte zu rütteln.

Herr Hasselbach: Ich kann mich der Ansicht nicht anschließen, als griffen wir in die Rechte Lauenburgs ein, wenn wir den Commissionsentwurf ablehnen. Es wird uns eine Vorlage gemacht, durch deren Annahme wir für Preußen bestimmte Lasten übernehmen; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir berechtigt sind, im Hinweis auf den Wiener Frieden einen Theil dieser Lasten von uns abzulehnen.

Herr Hobrecht: Wenn der Art. 8 für Lauenburg nicht gelten soll, dann braucht man ihn auch für Schleswig und Holstein nicht gelten lassen. Durch Annahme des Commissionsentwurfs machen wir Lauenburg ein Geschenk, zu welchem wir nicht die geringste Veranlassung haben. Ich empfehle die Annahme der Vorlage, wie sie aus dem Abgeordnetenhause gekommen ist.

Herr v. Below: So lange nicht das Gegentheil erwiesen wird, müssen wir als Grundsatz annehmen, daß Lauenburg verpflichtet war, die dänische Staatslast mitzutragen. Die lauenburgischen Revenüen sind auch stets nach Kopenhagen geflossen, also ist es auch billig, daß Lauenburg jetzt einen Theil der dänischen Staatsschulden übernehme.

Herr v. Bernuth stellt ein vermittelndes Amendement, dahin gehend, zu § 1 der Regierungsvorlage hinzuzufügen „vorbehaltlich des Anspruchs Preußens an das Herzogthum Lauenburg für einen seiner Bevölkerungszahl entsprechenden Antheil an jener Schuld."

Nachdem Herr v. Bernuth sein Amendement motivirt, und der Referent Herr Le Coq noch einmal den Commissionsvorschlag vertheidigt hat, wird unter Ablehnung des Amendements der Commissionsantrag angenommen, also die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Es folgt der Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten, betreffend die Uebersicht über den Fortgang des Baues, beziehungsweise über die Ergebnisse des Betriebes der preußischen Staats-Eisenbahnen im Jahre 1866. Berichterstatter Herr v. Kröcher. Der Antrag der Commission: „unter Anerkennung der thätigen und umsichtigen Leitung des Eisenbahnwesens die vorgelegte Uebersicht als erledigt anzusehen", wird nach kurzer unwesentlicher Debatte angenommen.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht derselben Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 40 Millionen zur Deckung von Vorschüssen für Eisenbahnanlagen und für die Beschaffung von Betriebsmitteln auf den Eisenbahnen in den neuen Landestheilen, beziehungsweise zur Erweiterung des Bahnnetzes in diesen wie in den alten Provinzen.

Berichterstatter Graf Lehndorff: Die Commission beantragt 1) den Gesetzentwurf in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert anzunehmen, 2) die Regierung zu ersuchen, den Bau einer Eisenbahn von Conitz nach Wangerin durch Privatunternehmer möglichst zu fördern, 3) zwei auf diese Eisenbahnangelegenheiten bezügliche Petitionen als erledigt zu erachten.

Freiherr v. Waitz stellt dazu das Amendement, die Worte des § 1 „behufs Einmündung in die von der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft von Halle über Witzenhausen und Münden nach Kassel zu bauende Eisenbahn" (das im Abgeordnetenhause auf den Antrag des Abg. v. Vincke angenommene Vincke'sche Amendement) zu streichen.

Frhr. v. Senfft-Pilsach hebt die Absorbirung des Capitals durch die Eisenbahnbauten hervor, wodurch dem Grundbesitz dasselbe entzogen werde. Die Folgen der Aufhebung der Wuchergesetze machen sich jetzt schon in den hohen Zinsen bemerklich, die selbst bei guten Hypotheken gezahlt werden müssen.

Graf Rittberg betont den durch Eisenbahnen hervorgebrachten höheren Bodenwerth, bespricht die einzelnen im Gesetzentwurf in Aussicht genommenen Bahnen, und erklärt sich gegen das Amendement v. Waitz, weil dasselbe nur zu unnöthiger Verzögerung des ganzen Gesetzes führe.

Hr. v. Waitz empfiehlt sein Amendement, mit dem er die Interessen seiner hessischen Landsleute wahren wolle.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Herr v. Senfft hat die Ansicht, daß die Eisenbahnen dem Landbesitz schädlich seien; das ist eine Ansicht, die ich nicht theilen kann, aber wenn ich sie auch hätte, müßte ich sie doch spätestens in 8 Tagen wieder aufgeben, weil mir täglich Deputationen von Gutsbesitzern das Haus einrennen und mich bitten, Eisenbahnen durch ihre Güter zu bauen. Und hat erst der eine Kreis eine Bahn, dann kommt ganz gewiß auch der andere Kreis und sagt, er müsse durchaus auch eine Eisenbahn haben. Es ist ferner in der Commission geäußert worden, ich möchte nicht so viel Staatsbahnen bauen, sondern mehr auf Privatbahnen eingehen. M. H., das thue ich ja, einige Zahlen sollen Ihnen das beweisen. Im Jahre 1863 hatten wir 791 Meilen Eisenbahn, 1864—66 sind im Ganzen neu eröffnet 83 Meilen; davon sind 14 Meilen Staatseisenbahnen, 21 Privatbahnen mit Zinsgarantie des Staates und 47 reine Privatbahnen. Die Summen, welche in den nächsten Jahren zum Bau der Eisenbahnen von Gesellschaften werden verwendet werden, wird eine viel größere sein, als die hier geforderte. Ich habe hier ein Register von Privateisenbahnen, die in verschiedenen Stadien des Baues augenblicklich begriffen sind; dasselbe zählt 26 Gesellschaftsbahnen auf und das Kapital, das sie theils schon verwandt haben, theils noch verwenden werden, beträgt 194 Millionen. Dagegen sind 40 Millionen doch nur etwas sehr Geringes, und wenn hervorgehoben wird, daß immerhin dies Kapital dadurch absorbirt wird, so sage ich gerade, es ist ein großes Glück, daß dies Geld nicht in amerikanische Papiere, sondern in unsere inländischen Eisenbahnen gesteckt wird; denn dies Geld wird vom Lande wieder verdient, das Land wird reicher und schließlich hat man eine Anstalt, die dem Lande nützt und die außerdem noch eine Rente bringt. Unsere Eisenbahnen haben das Nationalvermögen nicht vermindert, sondern vermehrt, und nicht blos indirect, sondern ganz direct.

Was die hier beantragte Streichung des im Abgeordnetenhause angenommenen Vincke'schen Amendements anlangt, so halte ich das, was ich im anderen Hause dagegen gesagt habe, noch heute für richtig; aber es ist ebenso auch eine Thatsache, die ich nicht ändern kann, daß ungeachtet aller meiner Gründe dagegen das andere Haus dies Amendement mit einer sehr großen Majorität angenommen hat. Ich habe mich später mit den Militärbehörden in Communication gesetzt, und das Resultat derselben ist, daß diese gegen diese Bahn keine Einwendung erheben. Ich habe für die Richtung über Almerode mit scharfer Consequenz gearbeitet, es ist jedoch richtig, daß die Bahn dadurch theurer wird; wir werden vielleicht später eine secundäre Bahn nach Almerode schaffen können, aber vorläufig werden wir doch uns mit dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses begnügen müssen. — Die Bahn von Schneidemühl nach Dirschau halte ich für so absolut nothwendig,, daß die Sache wesentlich anders gestellt werden würde mit diesem ganzen Gesetz, wenn Sie an dieser Bahn zu rütteln versuchen. Die Bahn ist nothwendig zur Culturentwickelung des Landes, sie füllt eine große Lücke aus, sie empfiehlt sich aus allgemein national-ökonomischen Rücksichten und sie giebt endlich zugleich die Wahrscheinlichkeit, daß dann von Conitz nach Wangerin eine Gesellschaft baut. Es ist ja wahr, es giebt noch verschiedene andere Wünsche, sehr berechtigte Wünsche nach verschiedenen anderen Eisenbahnen, ich erinnere nur an die Bahn von Insterburg nach Memel; aber Alles auf einmal geht nicht. Vorläufig ist die Hauptsache, daß wir die Hauptadern eröffnen, daß wir die Eisenbahnen kriegen und daß wir sie bald kriegen. Die Blüthe des Landes wird die Folge davon sein.

Herr v. Senfft-Pilsach: Ich bin beschuldigt worden, ich sei gegen den Bau von Eisenbahnen, weil sie dem Grundbesitz schaden; ich habe die Behauptung in dieser Form nicht aufgestellt, und habe die Ansicht auch nicht, wie der Herr Minister, der mich seit 50 Jahren kennt, selbst wissen könnte. Die Eisenbahnen können wohl dem Ackerbau einen Theil der Kräfte entziehen, der Grundbesitzer aber wird durch die Vortheile, die ihm die Eisenbahnen bieten, vollkommen entschädigt.

Herr v. Brünneck-Jakobau begrüßt die Vorlage mit Freuden und empfiehlt ihre unveränderte Annahme. Er geht sodann auf die ostpreußischen Bahnen ein, von denen er hofft, daß sie zu einer dauernden Beseitigung des Nothstandes führen werden. Die projectirten Bahnstrecken genügten jedoch noch nicht allen Bedürfnissen, und er finde es ungerechtfertigt, daß die Commission die Petition um den Bau einer Bahn von Marienburg nach Eylau durch das Gesetz für erledigt erachten könne. Diese Bahnstrecke sei vielmehr eine sehr zweckmäßige und der Bau derselben in der nächsten Zeit — deren Bestimmung er jedoch dem Ermessen des Herrn Ministers anheimstelle — dringend wünschenswerth.

Graf Borries bekämpft das Amendement des Herrn v. Waitz aus den bereits vom Handelsminister entwickelten Gründen. Durch die starke Steigerung der Bahn in der Richtung über Almerode würden nicht nur die Schwierigkeiten der Anlage, sondern auch die Betriebskosten wesentlich erhöht werden.

Herr v. Below bittet den Handelminister um eine ganz besondere Berücksichtigung der wirthschaftlichen Interessen der Provinz Preußen. Bei dem Bau künftiger Bahnen auf dem Gebiete derselben sei es nothwendig, alle Theile in gleicher Weise zu berücksichtigen.

Herr Nebelthau erklärt sich für das Amendement des Herrn v. Waitz im Interesse der betheiligten kurhessischen Landstriche, denen dadurch wesentlich geholfen würde und die bereits seit längerer Zeit das Versprechen hätten, berücksichtigt zu werden.

Herr Hasselbach wünscht aus allgemeinen Staats-Interessen, die denen einzelner Landstriche vorgehen müßten, die Ablehnung des Amendements.

Herr v. Kleist-Retzow: Die Behauptung des Herrn v. Senfft-Pilsach, daß der Bau von Eisenbahnen durch den Einfluß auf den Geldmarkt dem Grundbesitzer nachtheilig würde, ist durchaus unrichtig. Der Werth eines Gutes steigt um so mehr, je näher es einer Eisenbahn liegt, und die immer weitere Ausdehnung des Eisenbahnnetzes fördert die wirthschaftlichen Interessen des ganzen Landes. Ich erkenne deshalb die Vorlage mit großem Danke an und bitte, dieselbe anzunehmen.

Der Referent Graf Lehndorff wendet sich zunächst gegen den Einwurf daß es besser sei, den Bau von Eisenbahnen hauptsächlich Privatgesellschaften zu überlassen. Gerade das bisher in Preußen angewendete gemischte System habe sich vorzüglich bewährt. Das Amendement des Herrn v. Waitz bitte er aus den vom Herrn Handelsminister entwickelten Gründen abzulehnen und empfehle er die Annahme der unveränderten Vorlage.

Das Amendement des Herrn v. Waitz wird in der darauf folgenden Abstimmung abgelehnt und demnächst das ganze Gesetz nebst der Resolution unverändert angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Bericht der Matrikel-Commission, wird ohne Debatte nach den Vorschlägen der Commission erledigt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt, wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche.

Berlin, 29. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem expedirenden Secretär bei dem Ober-Tribunal, Geheimen Canzlei-Rath Johann Georg Brandt zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, und dem Hauptmann a. D. Ernst Christian Ludwig v. Bunsen die Kammerherrn-Würde verliehen.

Der königliche Baumeister Georg Krah zu Königshütte ist zum Bau-Inspector ernannt.

[Bekanntmachung.] Es ist seit Kurzem eine neue Sorte von Nachbildungen der älteren (grünen) preußischen Banknoten zu 10 Thalern aus dem Jahre 1856 zum Vorschein gekommen, welche durch Lithographie hergestellt sind, namentlich durch ein dunkleres schmutziges Grün und weicheres Papier von den echten Noten abweichen und sich deshalb von den Letzteren leicht unterscheiden lassen.

Wir machen daher das Publikum nicht nur auf die Nothwendigkeit aufmerksam, in seinem eigenen Interesse die Bank-Noten à 10 Thlr. vom Jahre 1856, welche überhaupt aus dem Verkehr gezogen werden, vor der Annahme genau zu prüfen, sondern empfehlen demselben zugleich, dergleichen Noten, von welchen bereits frühere Nachbildungen existiren, bei der nächsten Bankkasse gegen andere Noten umzutauschen und nicht in weitere Circulation zu setzen. Berlin, den 27. Januar 1868.

Königl. preußisches Haupt-Bank-Directorium.

[Se. Majestät der König] empfingen heute Vormittag den Geheimen Rechnungsrath und Verwalter der königlichen Chatouille, Geiling, und nahmen um ½11 Uhr den Vortrag des Geheimen Cabinetsrathes v. Mühler entgegen.

[Ihre Majestät die Königin] besuchte gestern den Bazar für Ostpreußen. — Im königlichen Palais fand ein größeres Diner statt.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern um 11 Uhr Vormittags militärische Meldungen entgegen und besuchte um 12 Uhr den Bazar im königlichen Schlosse, woselbst Höchstderselbe zwei Stunden verweilte und Einkäufe machte. (St.-A.)

[Der frühere nordamerikanische Gesandte in Madrid, General Schurz], welcher, wie bereits gemeldet, sich in Berlin zum Besuch befindet, wurde gestern von dem Ministerpräsidenten empfangen.

[Die beiden in einem Londoner Telegramm erwähnten Deutschen], welche ein gegen den König von Preußen beabsichtigtes Attentat entdeckt haben wollten, heißen Gustav Victor und Max Forder.

[Die Beerdigung Reichenheim's.] Heute Früh um 10 Uhr fand die Beerdigung des Abgeordneten und Stadtraths Leonor Reichenheim von seinem Hause in der Thiergartenstraße und unter überaus zahlreicher Theilnahme statt In dem Trauerhause waren die Präsidenten des Abgeordnetenhauses sowie die hervorragendsten Mitglieder sämmtlicher Fractionen in großer Zahl anwesend, darunter auch die früheren Minister v. Schwerin und v. Patow. Der Magistrat und die Stadtverordneten waren ebenfalls zahlreich vertreten, sowie die vielen Wohlthätigkeitsvereine, insbesondere der jüdischen Gemeinde, deren thätiges Mitglied der Verstorbene gewesen. Auch die Schützengilde hatte sich in voller Uniform eingefunden. An dem reichgeschmückten Sarge sprach der langjährige Freund der Familie und Lehrer an der hiesigen Religionsschule Herr Dr. Kirstein. In herzlicher, tief ergreifender Weise schilderte er den Lebensgang des Verstorbenen, der es verstanden, sich aus gedrückten Verhältnissen und mangelhafter Vorbildung zu einer so hochgeachteten Stellung und allgemeiner Werthschätzung emporzuarbeiten und sich ein Vertrauen zu erwerben, das in den zahlreichen Ehrenämtern, die ihm übertragen worden, den beredtesten Ausdruck gewonnen. Eine unübersehbare Wagenreihe folgte der Leiche zum jüdischen Begräbnißplatz, wo der Rabbiner Dr. Aub am Sarge die Gebete sprach und in langerer Rede der vielen Verdienste des Verstorbenen um seine Mitmenschen, der unausgesetzten Wohlthätigkeit gegen Mitglieder aller Bekenntnisse und der väterlichen Vorsorge für seine Arbeiter gedachte.

[Dr. Stroußberg.] Man schreibt der „Kreuzztg." aus Ostpreußen: Der bekannte Eisenbahn-Unternehmer Dr. Stroußberg in Berlin hat sich den verschiedenen Landrathsämtern in Ostpreußen gegenüber verpflichtet, während der ganzen Dauer des Nothstandes täglich 1200 Personen zu speisen, und hat bei einem ersten Königsberger Bankhause die nöthigen Gelder hierzu den Landrathsämtern zur Verfügung gestellt.

Schwerin, 29. Januar. [Zur vollen Einigung Deutschlands.] An einem Artikel der „Süddeutschen Presse" über die Stellung Baierns zum Zollparlament und an die bekannten Erklärungen des Fürsten Hohenlohe in seinen Reden vom 8. und 21. October v. J., knüpfen die officiösen „Meckl. Anz." folgende Bemerkung: Man kann die Stellung der baierschen Regierung auf Grund der Verträge nur correct finden. Um aber das gefürchtete Gedrängtwerden zu vermeiden, möchte kein Mittel zweckdienlicher sein, als selbstthätig an die Herstellung der föderativen Grundlage die Hand zu legen und

zwar — wie man im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands wünschen müßte — einer solchen, die nicht neben dem norddeutschen Bunde läge, sondern wodurch derselbe zu einem ganzdeutschen erweitert würde. Die bloße Abschließung von Special-Bündnissen des norddeutschen Bundes mit Baiern, mit Württemberg und mit Baden wäre nur die Verlängerung einer unbefriedigenden und von nicht abzusehenden Wechselfällen abhängigen Lage.

Hamburg, 29. Januar. [Die Subscription] auf die russischen Bodencredit-Pfandbriefe hat auch hier einen sehr günstigen Erfolg gehabt.

Oesterreich.

Wien, 29. Jan. [In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation] richtete Ghiczy an das „gemeinsame" Ministerium die Anfrage, weshalb sich dasselbe den ungesetzlichen Titel „Reichsministerium" beilege und warum nicht auch in dieser Beziehung die Parität beider Theile der Monarchie gewahrt werde; der Redner wies ferner darauf hin, daß die Stellung des Kriegsministers keine gesetzliche sei. Der Abgeordnete Kerkapolyi (Mitglied der Deak-Partei) interpellirte gleichfalls wegen der Benennung „Reichsministerium" und fragte, wie dasselbe mit der ungarischen Delegation in parlamentarischen Verkehr treten wolle. — Nachdem die Interpellationen eingebracht waren, wurden Graf Ladislaus Osaky zum Vicepräsidenten, die Abgeordneten Rajner und Kerkapolyi zu Schriftführern erwählt. — Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Ghiczy, daß er und seine politischen Freunde an der Berathung des Budgets, welche bereits übermorgen beginnen solle, vor der Beantwortung der von ihnen eingebrachten Interpellationen nicht theilnehmen können. Der Ministerpräsident Graf Andrassy erklärt dieses Verfahren für incorrect; man müsse dem gemeinsamen Ministerium Zeit zur Beantwortung lassen.

Aus Westgalizien, 26. Jan. [Friedensversicherungen und militärische Vorbereitungen. — Zum Nothstand.] Unter den Pariser und Wiener Officiösen scheint ein mot d'ordre ausgegeben, welches in den Journalen eine überaus friedliche Darstellung der politischen Verhältnisse bezweckt. Nach jenen Versicherungen soll auch Rußland dieser friedlichen Anschauungsweise beigetreten sein, wiewohl die Zeitungen noch vor wenig Tagen nicht genug von den in Petersburg und Moskau ausgestoßenen Drohungen zu erzählen wußten. Somit scheint also die ganze „friedliche Schwenkung" so ziemlich auf ein officiöses Manöver hinauszulaufen, eine Annahme, in der uns manche hier auftretende Symptome nur zu bestärken vermögen. Es steht nämlich fest, daß für Ende Februar d. J. eine größere Truppenconcentration bei Krakau angeordnet worden, wozu der größte Theil der in Westgalizien stehenden Regimenter herangezogen werden soll. Die hierauf bezüglichen Befehle sind schon den Brigaden und Regiments-Commanden zugegangen, wo auch die theoretischen Uebungen mit der jüngern Mannschaft beschleunigt werden. Auch die Truppen-Inspectionen seitens der Divisions- und Brigade-Generale sind in jüngster Zeit wieder häufiger als sonst. — So wird in den nächsten Tagen Feldmarschall-Lieutenant Rodic wieder in unseren westlichen Kreisen erwartet, um diesmal sich vornehmlich von dem Fortschritte der Uebungen mit dem neuen Hinterlader zu überzeugen. Bemerkenswerth scheint auch, daß trotz der großen Kälte in allen galizischen Garnisonsorten Schießübungen nach der Scheibe mit dem neuen Gewehre angeordnet worden. Es will uns also scheinen, daß diese und ähnliche Vorbereitungen nicht danach angethan, die im Eingang erwähnten friedlichen Versicherungen als über alle Zweifel erhaben hinzustellen. — Bezüglich des auch in unserer Provinz, zumal in den westlichen Theilen, herrschenden Nothstandes lauten die Nachrichten täglich düsterer. In den Karpathengegenden z. B. haben viele Landleute sammt ihren Familien die Dörfer verlassen müssen, weil es darin vollständig an Nahrungsmitteln gebrach. Die Unglücklichen wandten sich, von Hunger und Frost erschöpft, nach den wohlhabenderen, in der Ebene gelegenen Flecken und Edelhöfen, wo man die Noth zwar nach Kräften linderte, ohne indeß eine dauernde Hilfe gewähren zu können. In vielen Bauernwirthschaften, wo es an Nahrungsmitteln und Futter fehlt, wurde schon längst der Viehstand und das Ackergeräthe um Spottpreise verkauft, ja, mancher Händler erstand eine Kuh — die sonst 35 bis 40 Gulden kostet — um zehn Gulden! — Auch in den Städten ist der Nothstand unter der ärmeren Bevölkerung fortwährend im Steigen begriffen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 30. Januar. [Selbstmord.] Am 28. d. M. Nachmittags wurde in den Schießständen auf der Viehweide eine ungekannte 30 bis 35 Jahr alte männliche Person aufgefunden, welche ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hatte. Der Entseelte, anscheinend ein Fabrikarbeiter von großer schlanker Statur mit dunkelblondem Kopfhaar, war bekleidet mit schwarzem Ueberzieher, braunem Casinetrock, schwarzen Beinkleidern, schwarzer Tuchweste, dergl. Mütze, blauem Arbeitshemde, blauwollener gestrickter Unterjacke, blauen Parchentunterhosen, roth- und grüngestreiftem Shawl, weißleinenem Hemde und defecten Stiefeln. (Int.-Bl.)

= ch = **Oppeln**, 29. Januar. [Die Eissprengungsarbeiten] bei Döbern und Golschwitz, welche gestern wieder aufgenommen worden, sind heute fortgesetzt und außerdem aus den nächsten Gemeinden 400 Leute aufgeboten worden, welche beschäftigt waren, dort einen Canal in die Mitte des Oderstromes durch das Eis zu hauen und dadurch der Eisversetzung bei eintretendem Steigen des Wassers und Thauwetter leichteren Fortgang zu schaffen. Wir haben starken Schneefall am heutigen Tage gehabt. Das Wasser ist im Ganzen, namentlich unterhalb der Eisversetzung, stark gefallen.

Telegraphische Witterungsberichte vom 29. Januar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	330,3	—0,5	SW., stark.	Bedeckt, Schnee.
7	Königsberg	330,9	—0,2	SW., stark.	Bedeckt.
6	Stettin	332,8	0,8	WNW., mäßig.	Bedeckt, Regen.
—	Ratibor	327,9	—1,6	S., lebhaft.	Bedeckt.
—	Münster	334,0	2,0	SW., schwach.	Ziemlich heiter.
—	Trier	331,2	2,8	W., mäßig.	Trübe, Regen.
7	Flensburg	333,9	0,7	NW., lebhaft.	Heiter.
8	Paris	340,6	3,4	NW., schwach.	Schw. bewölkt.
—	Haparanda	—	—	—	—
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	—	—	—	—
—	Skudesnäs	330,0	1,4	W., frisch.	Bewölkt.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 29. Jan. 10 U. Ab.	330,41	+0,4	W. 2.	Bedeckt, Schnee.
30. Januar 6 U. Mrg.	330,17	—0,8	W. 4.	Bewölkt.

Breslau, 30. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 3 Z. U.-P. 4 F. 1 . Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 29. Jan., Nachts. Eine zahlreich besuchte vertrauliche Besprechung der Abgeordneten aus der Provinz Preußen berieth heute, welche Vorschläge der Regierung noch in Betreff des Nothstandes zu machen seien, und wurde hierbei der Antrag Hoverbeck's wenn auch mehr allgemein in Berathung gezogen. Derselbe hat keine Aussichten auf Annahme. Die Abgeordneten halten dieses vorgeschlagene Gesetz für verfehlt und der beabsichtigten lindernden Wirkung nicht entsprechend. Es wurde schließlich eine Commission von 8 Mitgliedern gewählt, welche in einer demnächst anzuberaumenden Besprechung Vorschläge in Betreff der bei der Regierung anzuregenden Maßregeln machen soll.

Hamburg, 29. Januar, Abends. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft ging ein Antrag des Senats ein, betreffend die Auflösung des Hamburger Bürgermilitärs. — Der Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft, betreffend den Bau der Bahn Osnabrück-Hamburg, sowie der Antrag, die Finanzdeputation zur Contrahirung einer Anleihe von 9½ Mill. Thaler für diesen Zweck zu ermächtigen, wurde definitiv genehmigt.

Florenz, 29. Jan. Die Deputirtenkammer nahm alle Capitel des Ausgabebudgets an. Der Minister des Innern trat dem Antrage bei, betreffend die Erhöhung der Beträge für die römischen Emigranten, deren Zahl 13000 ist.

Neapel, 28. Jan. Heute hat hier ein Erdsturz stattgefunden. Ein Theil des Hügels, an welchen sich das Stadtviertel Santa-Lucia lehnt, löste sich los und verschüttete im Sturze drei Häuser. Man weiß noch nicht, wie viele Menschen dabei umgekommen sind. Der Herzog von Aosta und die Behörde fanden sich sofort auf der Unglücksstätte ein.

Paris, 29. Jan. Der „Abendmoniteur" constatirt in der Wochenrundschau die versöhnliche und friedliche Haltung aller Mächte, erinnert an die Rede Stanleys in Bristol, an die italienischen Parlamentsdebatten, an die guten Beziehungen Preußens und Oesterreichs. Je mehr die Regierungen und Völker nachdenken, desto mehr werden sie sich gegen zügellose Bestrebungen sichern lernen. Sie werden einsehen, daß für die Civilisation die Erhaltung des Friedens das gemeinsame Interesse und Pflicht ist.

London, 29. Jan. Die „City of Baltimore" hat Nachrichten aus New-York vom 18. d. überbracht. Denselben zufolge hat das Repräsentantenhaus die Senatsbill, wonach die Ermächtigung des Schatz-Secretärs M'Culloch zur Einziehung von Papiergeld nicht suspendirt, sondern vollständig aufgehoben werden soll, abgelehnt und dem Senate zurückgesandt. Im Senate ist Seitens des Finanzausschusses über das Inkrafttreten der Legal-Tender-Acte Bericht erstattet worden.

London, 29. Jan. Schönes Wetter. — Der von New-York kommende Dampfer „City of Baltimore" hat wegen Nebels an der irischen Küste nicht bei Queenstown anlegen können, sondern ist nach Liverpool weiter gefahren und hat erst dort die Post gelandet.

Aus New-York wird gemeldet, daß der Bremer Dampfer „New-York" gestern Nachmittag 4 Uhr aus Europa eingetroffen ist.

Kopenhagen, 29. Jan. Der Landesthing hat in seiner heutigen Sitzung den Vertrag, betreffend den Verkauf der westindischen Inseln, in erster Lesung einstimmig angenommen.

Petersburg, 29. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg" tadelt lebhaft, daß die „Oesterr. General-Correspondenz" einen russenfeindlichen Artikel reproducirt, welcher in einem anderen österreichischen Blatte enthalten war. Das Journal hält es hiernach für unmöglich, daß die österreichische Regierung der „General-Correspondenz" noch Beziehungen zu sich einräume. Die Behauptung, daß Rußland Alles thue, um den Frieden zu hintertreiben, sei eine gänzlich unerwiesene. Je mehr die europäischen Mächte, sagt das Journal, Muße gewinnen werden, die orientalischen Verhältnisse zu studiren, desto mehr werden sie sich von der Uneigennützigkeit und Aufrichtigkeit überzeugen, mit welcher Rußland die dortigen Verhältnisse zur Sprache brachte. Möge Oesterreich nie eine größere Enttäuschung empfinden, als diejenige, welche Rußland in seinen orientalischen Projecten durch die Sicherung des Friedens bereitet werden könnte. Was die angebliche Furcht Rußlands vor der liberalen Entwickelung Oesterreichs angehe, so wolle Niemand in Rußland die Freiheit und Einheit Oesterreichs schädigen. Rußlands Einheit sei eine vollendete Thatsache, und was die Freiheit beträfe, so sei Rußland noch ein junger Staat, welcher nicht beanspruche, anderen als ein Vorbild hingestellt zu werden.

Konstantinopel, 27. Jan. Der russische Botschafter General Ignatieff wird zuversichtlich in 4 Wochen hier zurückerwartet. Derselbe wird wahrscheinlich auf der Herreise Berlin berühren. Das Verbleiben des Fürsten Gortschakoff als Minister der auswärtigen Angelegenheiten wird hier als Zeichen einer gegen die Türkei gerichteten Politik betrachtet. Der Großvezir wird in Kurzem von Creta zurückkehren. Das türkische Bayramfest hat gestern mit den üblichen Festlichkeiten begonnen. Der „Levant-Herald" hat aus Creta vom 14. Januar neue Nachrichten empfangen. Es haben einige unbedeutende Scharmützel auf der Insel stattgefunden, welche zu keinem Resultate führten. (T. B. f. N.)

Konstantinopel, 28. Jan., Nachm. In vergangener Woche sind zwei türkische Dampf-Fregatten von hier nach Creta mit neuen Truppen und Vorräthen abgegangen. An Bord befindet sich auch ein Generaladjutant des Sultans als Ueberbringer eines Firmans, durch welchen die der Insel jüngst verheißenen Zugeständnisse bestätigt werden. Musurus Bey, Fürst von Samos, ist in Begleitung mehrerer samiotischen Deputirten in Angelegenheiten jenes Fürstenthums hier eingetroffen. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 29. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Fest und lebhaft. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93½ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 45. Italien. 5proc. Rente 43, 00. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 511, 25. Credit-Mobil.-Actien 170, 00. Lomb. Eisenb.-Actien 350, 00. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 340, 00. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) —.

London, 29. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 93 7/16. 1proc. Spanier 36 5/16. Italienische 5proc. Rente 42 11/16. Lombarden 14. Mexicaner 16. 5% Russen 87. Neue Russen 86⅜. Silber 60½. Türk. Anleihe von 1865 31 9/16. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pro 1882 72. — Aus der Bank von England sind 50,000 Pfd. St. gezahlt, von Lissabon dagegen 10,000 Pfd. St. eingegangen.

London, 29. Januar, Abends. Petroleum in größeren Partien billiger, kleinere nur zu festen letzten Preisen käuflich. Leinöl flau. Zucker matt; gestrige Mauritiussendung pr. Medora à 24⅞. Gelber russischer Talg prima Qualität loco, per Jan.-März und per März 42½, pr. Oct.-Dec. 43⅞, flau. Bancazinn 91 à 92 nominell. Zink loco 20 à 20¼.

Florenz, 29. Jan., Vorm. Italien. Rente 49, 70. Napoleonsdor 22, 90.

Frankfurt a. M., 29. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98¾. Oesterr. National-Anleihe 53⅝. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76. Hessische Ludwigsbahn 130. Baierische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 60½. 1860er Loose 70⅝. 1864er Loose 77¾. Ziemlich fest. Nach Schluß der Börse: Fester. Credit-Actien 184⅝, 1860er Loose 70⅞, Staatsbahn 242⅝. Amerikaner 75 15/16.

Frankfurt a. M., 29. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Fest, aber still. Amerikaner 75⅞. Creditactien 184⅝. 1860er Loose 70¾. Staatsbahn 242⅝. Steuerfreie Anleihe 48½.

Wien, 29. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 186, 70. 1860er Loose 84, 10. 1864er Loose 79, 10. Staatsbahn 245, 50. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 59. Ziemlich fest.

Antwerpen, 29. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Weichend. Raffin. Type weiß, loco 43—42½ bez., 43 Br., pr. Januar-Februar 43 Br.

Hamburg, 29. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 54½. Oesterr Credit-Actien 78¼. Oesterreichische 1860er Loose 70⅝. Staatsbahn 510. Lombarden 344. Italien. Rente 42½. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119⅛. Rheinische Bahn 115¾. Nordbahn 95½. Altona-Kiel 121¾. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96¾. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95½. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69½. Disconto 1½ pCt. — Fonds fester.

Hamburg, 29. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, auf Termine Anfangs matt, später fest. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 178 Bankothaler Br., 177 Gd., per Jan.-Febr. 178 Br., 177 Gld., per Frühjahr 178 Br., 177½ Gld. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Jan.-Febr. 142 Br., 141 Gld., per Frühjahr 138 Br., 137½ Gd. Hafer ruhig. Rüböl geschäftslos, loco 22¼, per Mai 23. Spiritus matt, 28½. Kaffee belebter. Zink sehr stille.

Liverpool, 29. Januar, Mittags. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Sehr fest. Preise gegen gestern unverändert.

London, 29. Jan., Mittags. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Total-Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 7920, Gerste 80, Hafer 290 Quarters. Mehl 1410 Sack. Davon fremde Zufuhren: Weizen 7390, Gerste —, Hafer 180 Quarters. Weizen trockener fest, Ladungsinhaber halten fest, während Käufer längst fällige Zufuhren abwarten. Hafer, Gerste, Mehl fest.

London, 29. Jan., Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Marktbesuch sehr beschränkt, sehr ruhig. Preise unverändert. Zucker ruhig. Auction von Havannazuckern zu festen Preisen. Pfeffer fest. Rüböl 35¼. Reis und Zink ruhig. Thee stetig. Petroleum steigend, 14¾. Kupfer angenehmer. Terpentinöl fest, 30. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 29. Januar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen auf Termine steigend, pr. März 313½, pro Mai 318½, pr. Juni 305, sonst Detailgeschäft. Rüböl pr. Mai 35½, pr. November-Decbr. 37.

Paris, 29. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 91, 50, pr. Mai-August 91, 50, pr. September-December 91, 50. Mehl pr. Januar 89, 75, pr. März-April 89, 75. Spiritus pr. Januar 66, 00.

Berliner Börse vom 29. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	95⅝ G.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅛ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	95⅝ bz.
dito 1859	4½	95⅝ bz.
dito 1856	4½	96⅝ bz.
dito 1864	4½	95⅝ bz.
dito 1867	4½	95⅝ bz.
dito 1850/52	4	89½ bz. u. B.
dito 1853	4	89½ bz. u. B.
dito 1862	4	89½ bz. u. B.
Staats-Schuldscheine	3½	83⅜ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115¼ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	76¼ bz.
Pommersche	3½	76 bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	84⅞ bz.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	90¼ bz. u. B.
Pommersche	4	90 G.
Posensche	4	89 B.
Preussische	4	89¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	92½ bz.
Sächsische	4	90½ G.
Schlesische	4	90½ bz.

Louisd'or 112¾ bz. | Oest. Bk. 85⅞ bz.
Goldk. 9. 10 G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48 bz.
dito Nat.-Anl.	5	55⅝ bz.
dito Lot.-A. v. 60	5	71¼ bz.
dito dito 64	—	44¾ B.
dito 54er Pr.-A.	4	63½ bz.
dito Eisenb.-L.	—	73 G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43¼ à ⅛ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85⅝ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63⅞ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57⅞ B.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	50 etw. bz. u. B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95¾ G.
dito à 300 Fl.	5	92 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53¼ G
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅜ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	95½ G.
dito II.	4½	95¼ B.
dito IV.	4½	93¼ B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77 bz.
Cöln-Minden	4½	97¾ G.
dito II.	5	102 B.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83⅛ bz. u. G.
dito	4½	93¾ bz.
dito IV.	4	83¼ bz.
dito V.	4	83 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	— — —
dito III. Em.	4	— — —
dito IV. Em.	4½	85 G.
Gal. Ludwigsb.	5	80½ b. u. 76½ G.
Niederschl.-Märk.	4	88 bz.
dito conv.	4	88 bz.
dito III.	4	86 B.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100¼ bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ G.
dito C.	4	85⅜ G.
dito D.	4	85⅜ G.
dito E.	3½	77½ etw. bz.
dito F.	4½	93¼ G.
dito G.	4½	92⅝ B.
Oesterr.-Franz.	3	260 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209¼ B.
Rhein. v. St. gar.	4½	95½ B.
Rhein-Nahe-B gar.	4½	93½ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28½ B.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100½ etw. bz
Berg.-Märkische	9	8	4	136 bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	211 bz. u. B.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78¼ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97 B.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	160 etw. bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	198 G.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 bz. u. B.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62½ B.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118⅞ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	135½ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	77⅜ bz. u G.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85 [illegible]
dito dito	—	5	5	89½ bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	84½ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150½ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	170 B.
Magd.-Leipzig	20	—	4	204⅞ B.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127¼ bz. u. G.
Mecklenburger	3	3	4	75 bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	90¼ bz.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	77 B.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	184¼ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	164½ bz.
dito C.	11⅔	12	3½	184¼ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	138⅝ à ⅞ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	93¼ à ⅝ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73½ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73½ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88 bz.
Rheinische	7	—	4	115½ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30 G.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ B.
Thüringer	—	—	4	129 G.
Warschau-Wien	8½	—	5	58⅜ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	157½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	96½ etw. bz.
Bremer Bank	6½	8	4	115⅛ G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	108½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	100 B.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	77 etw. bz.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118¼ B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78½ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	90 G.
Posener Bank	6½	7½	4	99¼ B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	156 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64 B.
Weimar	6½	4¼	4	82¾ G.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	110 etw. bz. u. G.
Coburg. Credb.-A.	8½	4	4	70 bz.
Darmstädter „	8½	6½	4	83¼ à ¾ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108¾ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	21 bz.
Leipziger „	4	—	4	88½ bz.
Meininger „	7	—	4	89½ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19¾ bz. u. B.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	79 à ½ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	112¼ B.
—				
Minerva	1	—	5	34¼ B.
Frb. v. Eisenbdf.	5½	10	5	126 etw. bz. u. G.

Berlin, 29. Januar. Weizen loco 90—108 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 75¾—80 Thlr. pro 2000 Pfund nach Qualität gefordert. — Rüböl loco 10 1/12 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 19⅚ Thlr. bez., pro Januar und Jan.-Febr. 19¾—11/12 Thlr. bez., Febr.-März —. April-Mai 20⅙—⅓ Thlr. bez., Mai-Juni 20 5/12—7/12 Thlr. bez. Juni-Juli 20¾—11/12 Thlr. bez.

Breslau, 30. Januar. Am heutigen Markte blieb für Getreide im Allgemeinen feste Stimmung vorherrschend.

Weizen preishaltend, pr. 84 Pfd schlesischer weißer 109—122 Sgr., gelber 107—118 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen feiner Waare gut beachtet, pr. 84 Pfund 90—95 Sgr., feinste Sorte 96 Sgr. bezahlt. — Gerste ohne Aenderung, pr. 74 Pfund gelbe 60—61 Sgr., helle 62—63 Sgr., weiße 64—66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, preishaltend, pr. 50 Pfund 42—44 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen behauptet. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten matter. — Lupinen offerirt, pr. 90 Pfund gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen ruhiger, 62—65 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	109—118—122	Schlag-Leinsaat	175—190—2[illegible]
Gelber Weizen	108—114—120	Winter-Raps	174—184—194
Roggen	92— 94— 95	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	60— 64— 68	Sommer-Rübsen	145—158—165
Hafer	42— 43— 44	Leindotter	145—150—16[illegible]
Erbsen	70— 76— 82		

Kleesaat in fester Stimmung, rothe 12½—14—15¼ Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

[Suez-Canal.] Den Handelskammern ist amtlich mitgetheilt worden, daß nach einer Benachrichtigung des Herrn Ferdinand v. Lesseps die Suez-Canal-Gesellschaft den Transport von Gütern und Personen zwischen Port Said und Suez nunmehr eröffnet hat. Dieselben werden in unmittelbarem Anschlusse an die aus den Häfen des Mittelmeeres in Port Said, sowie aus den Häfen Asiens und Australiens in Suez allmonatlich anlangenden (24) Seedampfer, auf Canalschiffen in vier Tagen vom Mittel- zum Rothen-Meere und in umgekehrter Richtung befördert.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.